



AGDF ■ Eнденicher Straße 41 ■ D-53115 Bonn

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 0228/2 49 99-0
Telefax: 0228/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

Statement von Jan Gildemeister, Geschäftsführer der AGDF

Bonn, den 7. Dezember 2021

Aufbruch durch die neue Regierung?

Der Koalitionsvertrag aus friedenspolitischer Sicht

Die neue Koalitionsregierung aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP möchte in Deutschland den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie fördern und sich nach außen für Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit einsetzen. Aus friedenspolitischer Sicht (der AGDF) kann dies nach den Ausführungen im Koalitionsvertrag innenpolitisch gelingen, der außenpolitische Teil ist hingegen insgesamt enttäuschend.

Gesellschaftliche Konflikte – auch durch die Nennung von Zielkonflikten hinsichtlich der notwendigen ökologischen Transformation –, Instrumente zu ihrer konstruktiven Bearbeitung und die Rolle der Zivilgesellschaft spielen dabei in den innenpolitischen Teilen des Koalitionsvertrages eine erfreuliche Rolle. Es ist schade, dass Konfliktbearbeitung nicht auch so explizit benannt wird. In der Außenpolitik fehlt hingegen diese Perspektive weitgehend.

Gesellschaftlicher Frieden in Deutschland

Auf übergreifender Ebene sind eine *Strategie* für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratieförderung sowie Extremismusprävention sowie eine Gesamtstrategie auf nationaler und europäischer Ebene zu Extremismus geplant.

Konkret untersetzt werden soll dies beispielsweise durch eine Weiterentwicklung der Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus und des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Erfreulich sind in diesem Zusammenhang zwei konkrete Vorhaben, die wir im Vorfeld gefordert haben: Bis 2023 soll ein *Demokratiefördergesetz* in den Bundestag eingebracht werden. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ soll weiterentwickelt und dauerhaft finanziell gesichert werden. für alle Förderprogramme wäre es zudem wünschenswert, wenn wie geplant das Zuwendungsrecht entbürokratisiert würde.

Wie die Arbeit in dem Feld inhaltlich verstanden wird, wird im Koalitionsvertrag nicht ausgeführt. Aus AGDF-Sicht ist wichtig, dass neben der Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auch die positive Gestaltung des friedlichen Zusammenlebens beispielsweise durch *kommunale Konfliktberatung* stärker in den Blick genommen wird.

Wir begrüßen, dass die Koalitionsregierung einer vielfältigen, toleranten und demokratischen *Zivilgesellschaft* eine große Bedeutung beimisst. Sie soll verbindlich und langfristig gestärkt und an etlichen Vorhaben beteiligt werden. Beispielsweise soll mit der Zivilgesellschaft eine neue nationale Engagementstrategie erarbeitet werden.

Unklare Regelungen im *Gemeinnützigkeitsrecht* bremsen bisher Organisationen aus, sich aktiv an dem politischen Diskurs zu beteiligen. Insofern ist es wichtig, dass das Gemeinnützigkeitsrecht diesbezüglich modernisiert werden soll, um Klarheit zu schaffen und dabei auch ggf. einzelne Gemeinnützigkeitszwecke zu ergänzen.

Die *politische Bildung* taucht im Koalitionsvertrag auf, wenn auch nur an wenigen Stellen mit konkreten Maßnahmen unterfüttert: So soll beispielsweise die Gedenkstättenarbeit auskömmlich finanziert werden und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Angesichts der Unsicherheit, die eine Mittelkürzung im bisherigen Entwurf des Bundeshaushaltes 2022 im Bereich der Förderung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit vorsieht, ist dies sehr wichtig.

Erfreulich ist die Nennung von gesellschaftlicher Resilienz, Geschlechtergerechtigkeit, Zusammenhalt, Demokratie und Frieden als Zukunftsfeld für die *Forschung* und sind diverse Maßnahmen zur Integration von Eingewanderten.

Internationale Jugendarbeit

Eine (friedenspolitische) Brückenfunktion zwischen In- und Ausland übernimmt die Internationale Jugendarbeit und dabei speziell das Freiwillige Internationale Jahr. Aus Sicht der AGDF ist erfreulich, dass die neue Regierung die europäische und internationale Jugendarbeit und der Internationale Freiwilligendienst stärken will. Es ist zu wünschen, dass der internationale Austausch bei den anderen jugendpolitischen Maßnahmen wie der geplanten Weiterentwicklung der Jugendstrategie der Bundesregierung oder dem nachfragegerechten Ausbau der Plätze in den Freiwilligendiensten berücksichtigt wird. Dass die bereits auf den Weg gebrachten neuen Jugendwerke weiter aufgebaut werden sollen, ist nachvollziehbar. Generell ist aus zivilgesellschaftlicher Perspektive aber problematisch, wenn die Zahl der Jugendwerke – und damit auch der Fördergeber – weiter steigen sollte und damit die bilaterale Zusammenarbeit zu Lasten multilateraler Kontakte ausgebaut wird.

Außen- und Sicherheitspolitik, Rüstung

In der Außen- und Sicherheitspolitik vermissen wir eine generelle Umorientierung: weg vom Ansatz der Bedrohungs- und Flüchtlingsabwehr und der militärischen Sicherung unseres Wohlstands, hin zu dem zivilen Ansatz menschlicher Sicherheit. Während Krisenprävention, zivile Konflikttransformation und Friedensförderung kaum eine Rolle spielen, nehmen die Ausführungen zur Bundeswehr viel Platz ein und sind teilweise sehr konkret.

Die Problematik beginnt bereits mit den inhaltlichen *Zielen*, die die neue Regierung in ihrer Außenpolitik verfolgt: Einerseits geht es um Frieden, Freiheit und Menschenrechte, andererseits um nicht näher definierte Interessen und im Zusammenhang mit der Bundeswehr um Wohlstand in der Welt. Die Formulierung „Auftrag und Aufgabe der Bundeswehr müssen sich an den strategischen Herausforderungen und Sicherheitsbedrohungen unserer Zeit orientieren“ knüpft an die vorherrschende Sicherheitslogik an, nach der Fluchtbewegungen oder Klimawandel als Bedrohung für „unsere Sicherheit“ verstanden werden und deutsche, auch wirtschaftliche Interessen für militärische Einsätze leitend sind. Im Zusammenhang mit der NATO bekennen sich die Koalitionsparteien zum Prinzip einer glaubhaften (atomaren) Abschreckung verbunden mit einer weiteren Aufrüstung, was mit vertiefter Kooperation und dem Verständnis einer gemeinsamen Sicherheit schwer zusammenzubringen ist. Wir hoffen, dass die angekündigte „umfassende Nationale Sicherheitsstrategie“ Klarheit schafft und positive friedenspolitische Akzente setzt.

Die geplanten vielfältigen Initiativen für **eine „abrüstungspolitische Offensive“** stehen im Kontrast zur geplanten *Aufrüstung* der Bundeswehr und dem Bekenntnis zur atomaren Abschreckung. **Ein erfreulicher Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt ist, dass Deutschland als Beobachter der**

Vertragsstaatenkonferenz die Intention des Atomwaffenverbotsvertrages konstruktiv begleiten will. Zugleich hält Deutschland (erst einmal) an der *nuklearen Teilhabe* in der NATO fest und will neue Kampfflugzeuge anschaffen, die die in Deutschland stationierten Atombomben weiterhin transportieren können.

Das geplante Rüstungsexportkontrollgesetz begrüßen wir. Zugleich könnte die geplante und per se sinnvolle Abstimmung auf EU-Ebene dazu führen, dass das nationale Gesetz verzögert oder aufgeweicht wird. Weiter ist kein Ausschluss von Lieferungen an sog. Drittstaaten, die nicht Mitglied der EU oder NATO sind, oder an kriegsführende Staaten geplant – mit Ausnahme von Staaten, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Von daher liegt es wesentlich an der Ausgestaltung, ob Deutschland einer der größten Waffenexporteure bleibt und indirekt Mitschuld am Tod vieler Menschen trägt.

Im Koalitionsvertrag gibt es ein fundamentales Ungleichgewicht bei den außenpolitischen Instrumentarien. Der *Krisenprävention* werden nur wenige Sätze gewidmet: Aufgrund eines umfassenden Sicherheitsbegriffs sollen Krisenprävention und -management auf EU-Ebene gestärkt werden. Auf Basis der bestehenden Leitlinien soll Deutschlands Rolle bei der Entschärfung internationaler Krisen ausgebaut werden. Wie dies konkret geschehen soll, bleibt unklar, selbst das etablierte und anerkannte Instrument Ziviler Friedensdienst wird nicht erwähnt.

Dagegen wird ausführlich erläutert, wie die Bundeswehr leistungsfähiger gemacht werden soll. Dazu gehört auch die Anschaffung *bewaffneter Drohnen* - trotz immenser Bedenken auch in den Parteien SPD und Grünen. Auch hier gibt es ein Spannungsverhältnis zu den allgemeinen, abrüstungspolitischen Bemühungen zu Autonomen Waffensystemen, an denen gerade NATO-Staaten intensiv forschen. Wenn nicht mit Nachdruck gehandelt wird, beispielsweise Verhandlungen zur UN-Waffenkonvention nicht bald zum Erfolg führen, droht wie bei Cyberwaffen oder im Weltraum eine weitere Rüstungsspirale.

Der lapidare Satz „Ausbildung und Dienst an der Waffe bleiben volljährigen Soldatinnen und Soldaten vorbehalten“ in der Koalitionsvereinbarung ist ein politischer Erfolg derjenigen, die sich mit Hinweis auf die Kinderrechtskonvention dafür einsetzen, dass keine Minderjährigen in der Bundeswehr mehr ausgebildet werden.

Die klare Bevorzugung des militärischen Engagements wird im Bereich der Finanzen festgeschrieben:

Allgemein steht im Koalitionsvertrag, „dass Deutschland im Sinne eines vernetzten und inklusiven Ansatzes langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert, so seine Diplomatie und seine Entwicklungspolitik stärkt und seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt.“ Zudem sollen „die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und Entwicklungszusammenarbeit wie bisher im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen auf Grundlage des Haushaltes 2021.“ Ein Vorrang für Zivile wird damit ausgeschlossen.

Dazu passt, dass Militäreinsätze trotz der negativen Erfahrungen zuletzt in Afghanistan nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. So erfreulich die geplante Evaluierung des Gesamteinsatzes in Afghanistan in einer Enquete-Kommission mit wissenschaftlicher Expertise ist. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen nur in die Gestaltung zukünftiger deutscher Auslandseinsätze einfließen.

Die Koalitionsvereinbarung steckt den Rahmen für die Regierungsarbeit in den nächsten 4 Jahren. Wichtig ist daneben deren Ausgestaltung. In der Außen- und Sicherheitspolitik wird es dabei vor allem auf die designierte Außenministerin Annalena Baerbock ankommen. Zudem ist zu hoffen, dass Svenja Schulze als designierte Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als bisherige Bundesumweltministerin nicht nur Fragen zu Klimagerechtigkeit stärker betonen wird, sondern auch die friedenspolitische Arbeit des BMZ weiter verstärken wird.